



Antrag

der Fraktion der FDP

Einsetzung einer Enquete-Kommission "Zukunftsaufgabe Ostseeschutz"

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag setzt gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages eine Enquete-Kommission ein, die sich mit der Zukunftsaufgabe eines verbesserten Ostseeschutzes befasst und hierzu Vorschläge für konkrete Maßnahmen entwickelt.

II. Die Enquete-Kommission besteht aus neun Mitgliedern, von denen die CDU-Fraktion 3, die Fraktion von Bündnis90/Die Grünen und die SPD-Fraktion jeweils 2 sowie die FDP-Fraktion und SSW-Fraktion jeweils 1 Mitglied benennen.

III. Der Schutz unserer Meere und die verantwortungsvolle Nutzung dieser natürlichen Ressource ist ein gemeinschaftliches Anliegen. Meere tragen eine besondere Rolle im Klimasystem, produzieren Sauerstoff und sind Ursprung für den globalen Wasserkreislauf. Darüber hinaus bieten sie zahlreiche Einkommensquellen, sind Quelle für Nahrungsmittel und bieten den Küstenbewohnern und -besuchern die Möglichkeit für eine attraktive Freizeitgestaltung. Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren hat eine besondere Verantwortung, sich für einen effektiven Schutz der Meere einzusetzen. Die momentanen Herausforderungen steigen. Der Klimawandel und die Eingriffe des Menschen haben dafür gesorgt, dass sich die Ostsee in einem schlechten Zustand befindet. Das zeigt, dass alle bisherigen

Bemühungen nicht ausreichend waren, um die Ostsee besser zu schützen. Der effektive Schutz der Ostsee ist eine Zukunftsaufgabe. Hierbei gilt es, die Ziele des Umweltschutzes zu erreichen und gleichzeitig die vielfältigen Interessen bestmöglich zu berücksichtigen. Aufgrund der Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Bedürfnissen muss transparent und kooperativ über den Zustand der Ostsee diskutiert und Lösungen erarbeitet werden.

Die Enquete-Kommission soll sich daher insbesondere mit den folgenden Themenbereichen befassen:

1. Zustand der Ostsee: Es müssen sowohl der allgemeine Zustand der Ostsee als auch die Entwicklung der letzten Jahre dokumentiert werden. Hierfür sollte der Frage nachgegangen werden, inwieweit ein flächendeckendes sektorales Monitoring, welches den genauen Zustand der einzelnen Gebiete erfasst, durchgeführt werden kann und sollte. Außerdem ist die Frage zu stellen, inwiefern Ergebnisse aus einem solchen Monitoring zu Handlungsempfehlungen führen könnten und wie diese dann umgesetzt werden können.
2. Meeresdaten und Umweltparameter: Es gilt zu untersuchen, inwiefern die Erfassung von Schadstoff-Emissionen - besonders von Stickoxid-Emissionen in den Küstengebieten und Häfen sowie entlang der Seewege wie dem Nord-Ostsee-Kanal - das Potenzial der Reduktion von Stickoxiden und anderer Schadstoffe in der See- und Binnenschifffahrt identifizieren und hierfür Handlungsoptionen ableiten kann.
3. Innovationen, Forschung und Ausgründungen: Es existieren viele Startups im Bereich der Blue Economy, die allerdings oftmals durch bürokratische Hürden ausgebremst werden. Es soll daher der Frage nachgegangen werden, wie standardisierte Verfahren für den Gründungsprozess und die unbürokratische Eröffnung von Testfeldern etabliert werden können, um Ausgründungen zu erleichtern. Ebenso sollen Maßnahmen identifiziert werden, die Innovationen in diesem Bereich erleichtern und stärken. Potenziale bestehen hier zum Beispiel in der Entwicklung von alternativen Antriebstechniken in der Schifffahrt, in der Entwicklung biozidfreier Antifouling-Beschichtungen und in der Entwicklung alternativer Fangmethoden.

4. Munitionsaltlasten: Allein im deutschen Teil der Ostsee liegen 300.000 Tonnen Munition sowie chemische Kampfstoffe, die nach den Weltkriegen in großem Umfang dort verklappt wurden. Die Verantwortung für die Beseitigung dieser Altlasten liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern. Es soll untersucht werden, wie die Bergung der Munition mit der Bundesregierung gemeinsam schnellstmöglich vorangetrieben werden kann, damit Schleswig-Holstein hier eine Vorreiter-Rolle einnehmen und zur Leuchtturmregion werden kann.
5. Küstenschutz: Durch den ansteigenden Meeresspiegel nehmen Hochwasserstände zu, Strömungen werden stärker, Wellen erreichen mit höherer Wucht die Küste. Es ist daher erforderlich, zu untersuchen, wie auch die Küstenschutzmaßnahmen an der Ostsee an die Folgen des Klimawandels und den ansteigenden Meeresspiegel anzupassen sind. Hierbei ist die gesamte Ostseeküste hinsichtlich bestehender Schutzmaßnahmen und möglicher Anpassungen zu betrachten. Es soll untersucht werden, wie eine Mischung aus konventionellen Küstenschutzmaßnahmen wie Deiche, Deckwerke, Buhnen, Wellenbrecher, Uferschutzmauern und Aufspülungen sowie sogenannten „weichen“ Küstenschutzelementen wie Steinriffe, Seegrasmatten, Muschelbänke, Treibsel-Dünen und der Wiedervernässung von Talauen hierzu beitragen können. Zusätzlich muss geprüft werden, wo Regionaldeiche zukünftig in die Zuständigkeit des Landes übergehen können. Ferner soll sich systematisch mit dem Zustand, der Überprüfung sowie Anpassungen an die Anforderungen aufgrund des steigenden Meeresspiegels befasst werden.
6. Katastrophenschutz: Es sollte der Frage nachgegangen werden, inwieweit der Katastrophenschutz gestärkt und ausgebaut werden muss.

Für die Bearbeitung der Themen soll sich intensiv mit den verschiedenen Akteuren der maritimen Wirtschaft, des Tourismus, der Bundeswehr, des Wassersportes, der Landwirtschaft, der Naturschutzverbände und der meereswissenschaftlichen Forschung ausgetauscht und deren Expertenwissen genutzt werden. Für die Arbeit der Enquete-Kommission sind von der Landesregierung zudem die wissenschaftlichen Ergebnisse und Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen, die sich

im Rahmen der Erarbeitung der Gesamtstrategie „Entwicklung Ostseeküste 2100“ ergeben haben, wobei dies nicht nur die Gesamtstrategie beinhaltet, sondern auch alle im Vorwege zusammengetragenen Daten und Zwischenerkenntnisse.

IV. Die Enquete-Kommission soll öffentlich tagen.

V. Die Kommission wird gebeten, dem Landtag nach Abschluss ihrer Arbeit einen Abschlussbericht vorzulegen, in dem die Erkenntnisse eingeordnet und bewertet sowie verschiedene Handlungsmöglichkeiten aufgeführt werden.

Oliver Kumbartzky
und Fraktion